

# Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik im Zeitalter der Globalisierung

## Fragen an Professor Hermann Adam

*Redaktion:* Was sind für Sie die Hauptmerkmale des Zeitalters der Globalisierung?

*Adam:* Dank günstiger Transportkosten und schneller Kommunikation werden Waren überall auf der Welt produziert und verkauft, je nachdem, wo es am günstigsten ist und wo sich die höchsten Preise erzielen lassen. Ebenso werden Dienstleistungen, z. B. der Touristikbranche, über nationale Grenzen hinweg angeboten und verkauft. Besonders der grenzüberschreitende Kapitalverkehr, die Kapitalanlage und Kreditaufnahme in anderen Ländern, hat durch die seit den 1980er Jahren erfolgte Liberalisierung der Finanzmärkte eine enorme Bedeutung erlangt. Im EU-Raum kommt außerdem die Freizügigkeit auf dem Arbeitsmarkt dazu: EU-Bürger können sich frei bewegen und im EU-Ausland arbeiten.

Folge der Globalisierung ist eine fortschreitende Zunahme der internationalen Arbeitsteilung. Industrielle Massenproduktion, für die nur geringe Qualifikationen erforderlich sind, wird in Billiglohnländer verlagert, Arbeitsplätze in Hochlohnländern wie Deutschland werden in hoher Zahl vernichtet. Profiteur der Globalisierung ist das Kapital. Es ist im Unterschied zur Arbeit sehr mobil und kann dort auf der Welt investiert werden, wo es die höchste Rendite abwirft. Seit der Liberalisierung der Finanzmärkte werden Unternehmensgewinne auch immer weniger in Realkapital, also in Maschinen reinvestiert, sondern in Wertpapieren angelegt, die kurzfristig höhere Renditen versprechen. Die Gleichung „Hohe Gewinne = mehr Investitionen in Real-



**Prof. Dr. Hermann Adam**

lehrt Politikwissenschaft am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin. Sein Buch „Bausteine der Wirtschaft“ ist 2015 in 16. Auflage erschienen.

kapital = mehr Arbeitsplätze“, die früher galt, geht heute nicht mehr auf.

*Redaktion:* Die SPD war immer eine Partei, die über die politische Steuerung der Wirtschaft nachgedacht hat. Muss sie heute solche Gedanken ad acta legen?

*Adam:* In der Geschichte folgten auf Phasen, in denen mehr Marktfreiheit durchgesetzt wurde, immer auch Zeiten, in denen mehr staatliche Eingriffe in die Wirtschaft erfolgten. Beispiel Wohnungsmarkt: Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde der Wohnungsmarkt in der alten Bundesrepublik 30 Jahre lang stark reguliert. Es gab staatlich massiv geförderten sozialen Wohnungsbau sowie staatlich festgesetzte Mieten. Ab den 1980er Jahren zog sich der Staat schrittweise aus dem Wohnungsbau zurück, die Gemeinnützigkeit des sozialen Wohnungsbaus wurde aufgehoben, seine staatliche Förderung durch den Bund abgeschafft. Heute wird der soziale Wohnungsbau wieder belebt und mit der Mietpreisbremse massiv in die Preisbildung auf den Wohnungsmärkten eingegriffen.

Ähnliche politische Zyklen, in denen sich Phasen stärkerer staatlicher Intervention und Phasen der Deregulierung und Liberalisierung abwechselten, sind auf den Finanzmärkten zu beobachten. Nach der Weltwirtschaftskrise 1929/30 wurden unter Präsident Franklin D. Roosevelt der Finanzsektor in den USA strikt reguliert und die Realwirtschaft durch öffentliche Investitionen und Arbeitsbeschaffungsprogramme belebt. Danach wurden eine Arbeitslosenversicherung geschaffen, Mindestlöhne und eine Höchstarbeitszeit gesetzlich verankert und ein progressiver Einkommensteuertarif eingeführt. Diese als „New Deal“ in die Geschichtsbücher eingegangene wirtschaftspolitische Strategie war in den USA bis 1981 Konsens. Mit Amtsantritt des Republikaners Ronald Reagan begann 1981 der weltweite Paradigmenwechsel hin zu einer angebotsorientierten Wirtschaftspolitik mit Steuersatzsenkungen und Deregulierung der Finanz- und Arbeitsmärkte. Zwar gab es bisher nach der letzten Finanzmarktkrise keinen ähnlichen wirtschaftspolitischen Kurswechsel wie nach der Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre. Aber es ist zu hoffen, dass das Pendel demnächst wieder in Richtung mehr Staatsintervention ausschlägt. Dann muss die SPD ein umsetzbares Konzept parat haben. Also: Gedanken über mehr staatliche Steuerung sollten nicht ad acta gelegt werden.

*Redaktion:* Die Volkswirtschaftslehre produzierte nationale Theorien politischer Intervention. Stoßen solche Theorien im globalen Kontext nicht an Grenzen?

*Adam:* Genau das ist das Problem. Bis Ende der 1970er Jahre war es im nationalen Rahmen möglich, eine keynesianische Wirtschaftspolitik zu betreiben und eine Konjunkturkrise durch höhere, schuldenfinanzierte Staatsausgaben zu überwinden. In dieser Zeit waren die Finanzmärkte reguliert, und die nationalen Regierungen konnten durch Abwertung ihrer Währung die Wettbewerbsfähigkeit ihrer Unternehmen sichern. Seit die Volkswirtschaften durch den immens gewachsenen Welthandel und den freien Kapitalverkehr über alle Grenzen hinweg eng miteinander verflochten sind, funktioniert diese wirtschaftspolitische Strategie nur noch, wenn sie zeitgleich in den wirtschaftlich bedeutendsten Ländern angewandt wird. Wird sie aber isoliert in einem Land praktiziert, geht es schief. Das mussten die sozialistische Regierung in Frank-

reich und später auch die sozialdemokratische Regierung in Schweden leidvoll erfahren.

So versuchten die Sozialisten unter ihrem Präsidenten François Mitterrand Anfang der 1980er Jahre ihre Vorstellungen von einer sozial gerechten Wirtschaft umzusetzen, indem sie die Mindestlöhne erhöhten, zahlreiche Sozialleistungen verbesserten, 180.000 neue Stellen im öffentlichen Dienst schufen, die Wochenarbeitszeit auf 39 Stunden verkürzten, eine zeitlich begrenzte Sonderabgabe auf Höchstehkommen einführen und Sondersteuern auf Spekulationsgewinne erhoben. Das Ergebnis waren eine Inflationsrate von 14 Prozent, ein Einbruch der Exporte, wachsende Importe und eine rasch steigende Staatsverschuldung. Nach einem Jahr musste die Regierung einen radikalen Kurswechsel vollziehen und zu einer angebotsorientierten Wirtschaftspolitik zurückkehren.

Auch der sozialdemokratischen Regierung in Schweden blieb in den 1990er Jahren nichts anderes übrig, als ihre keynesianische Vollbeschäftigungspolitik aufzugeben. Als sie im Mai 1991 die Schwedenkrone an die europäische Verrechnungseinheit ECU koppeln musste, um der wachsenden Kapitalflucht entgegenzuwirken, konnte sie fortan das Instrument der Abwertung nicht mehr einsetzen, mit der sie die durch die generöse Lohn- und Sozialpolitik entstandenen Wettbewerbsnachteile der schwedischen Wirtschaft immer wieder ausglich. Die Arbeitslosigkeit schoss auf eine bis dahin für Schweden unvorstellbare Höhe von über 8 Prozent. In dieser Situation reagierten die Sozialdemokraten ab 1994 mit dem größten wirtschaftspolitischen Systemwechsel seit den 1930er Jahren und betrieben eine Austeritätspolitik mit Kürzung der Sozialausgaben und dem Abbau öffentlicher Beschäftigung.

*Redaktion:* Für die SPD ist Gerechtigkeit ein zentrales Thema. Wie gerecht kann eine globalisierte Wirtschaftsordnung sein?

*Adam:* Die Globalisierung hat viele Menschen aus der Armut herausgeholt: 2002 mussten noch rund 26 Prozent der Weltbevölkerung mit weniger als 1,90 US-Dollar am Tag auskommen, zuletzt waren es laut Weltbank nur noch knapp zehn Prozent. So gesehen ist die Globalisierung eine Erfolgsgeschichte. Allerdings sind in den reichen OECD-Ländern die Realeinkommen der unteren Einkommenschichten in den letzten drei Jahrzehnten gesunken, während die oberen Schichten überproportionale Einkommenszuwächse verzeichneten. Dabei konzentrierte sich der Einkommensanstieg vor allem auf das oberste ein Prozent. Diese sich immer weiter öffnende Schere zwischen Arm und Reich ist zweifellos die Schattenseite der Globalisierung. Anders als noch in den ersten drei Nachkriegsjahrzehnten profitieren nicht mehr alle gleichmäßig vom wirtschaftlichen Aufschwung. Die Armen in den reichen Ländern werden vom Wohlstandszuwachs weitgehend ausgeschlossen. Insofern ist die globalisierte Wirtschaftsordnung ungerecht. Die wachsende Ungleichheit ist jedoch kein Naturgesetz, sondern Folge einer politisch ungesteuerten Globalisierung und des naiven Glaubens, dass die sich selbst überlassenen Märkte alles zum Besten regeln.

*Redaktion:* Welche Art von Steuerpolitik ist angesichts des internationalen Steuerwettbewerbs (Steuern als Standortfaktor für Investitionen) in Deutschland möglich?/

Müssen internationale Akteure auf den Finanzmärkten stärker zur Finanzierung nationaler Haushalte herangezogen werden?

*Adam:* Der internationale Steuerwettbewerb hat zu einem Wettlauf um niedrigere Steuersätze geführt. So senkten die USA ihren Einkommensteuerspitzensatz von 70 Prozent im Jahr 1980 auf 47,3 Prozent 2016. Der Unternehmenssteuersatz wurde von 46 Prozent auf 35 Prozent 1997 reduziert, inzwischen aber wieder auf 39,2 Prozent angehoben. In Großbritannien wurde der Einkommensteuerspitzensatz von 60 Prozent auf 45 Prozent, der Unternehmenssteuersatz von 52 Prozent auf 20 Prozent herabgesetzt.

Da Regierungen um die internationale Wettbewerbsfähigkeit ihres Landes fürchten, trauen sie sich nicht, wesentlich höhere Steuersätze festzulegen als ihre Handelspartner. Das gilt auch für die deutschen Regierungen. Bei uns wurde der Einkommensteuerspitzensatz von 56 Prozent auf 47,5 Prozent, der Unternehmenssteuersatz von 56 Prozent auf 29,8 Prozent reduziert. In der Folge brachen bei uns in der ersten Hälfte der 2000er Jahre, verstärkt durch den gleichzeitig stattfindenden Konjunkturrückgang, die Steuereinnahmen massiv ein, obwohl zeitgleich viele Steuervergünstigungen gestrichen wurden.

Der Steuerwettbewerb hat die Situation der öffentlichen Haushalte viele Jahre lang angespannt, den politischen Handlungsspielraum der Regierungen auf nationaler Ebene erheblich eingeschränkt und die wachsende Ungleichheit von Einkommen und Vermögen in allen OECD-Ländern gefördert. Von daher wäre dringend notwendig, beispielsweise durch eine Finanztransaktionssteuer nicht nur die Spekulation einzudämmen, sondern auch die internationalen Akteure auf den Finanzmärkten zur Mitfinanzierung der gesellschaftlichen Aufgaben jedes Landes heranzuziehen.

Auch eine gemeinsame Unternehmenssteuer, zumindest ein Mindeststeuersatz in den OECD-Staaten, wäre erforderlich. Dafür brauchte man einheitliche Regeln zur Berechnung der steuerpflichtigen Unternehmensgewinne. An einer solchen gemeinsamen Körperschaftsteuerbemessungsgrundlage arbeitet die EU seit vielen Jahren. Doch die Materie ist kompliziert, und die nationalen Interessen sind unterschiedlich. Deshalb kommt man nur im Schnecken tempo voran. Eine wirksame Bekämpfung von Steuervermeidung und Steuerflucht der großen Konzerne setzt Einigkeit und ein gemeinsames Vorgehen der Regierungen der wichtigsten Industrieländer voraus. Ein Alleingang nur eines Landes dürfte auf Dauer nicht erfolgversprechend sein.

*Redaktion:* Müssen Sozialdemokraten angesichts des demographischen Wandels Rückschritte bei der Ausgestaltung der Sozialpolitik akzeptieren?

*Adam:* 2017 wurden knapp 970 Mrd. Euro oder fast 30 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Sozialleistungen ausgegeben. Am Ende der Amtszeit Willy Brandts betrug die Sozialleistungsquote noch weniger als 22 Prozent, vor Einführung von Hartz IV lag sie bei 29 Prozent. So gesehen kann von Rückschritten in der Sozialpolitik keine Rede sein.

Allerdings verlangt der demographische Wandel, dass ein größerer Teil des erwirtschafteten Bruttoinlandsprodukts für die nicht-erwerbstätige ältere Generation abge-

zweigt wird. Das bedingt höhere Renten- und Krankenversicherungsbeiträge und wachsende staatliche Zuschüsse zur Renten- und Krankenversicherung. Wenn immer mehr Rentner versorgt werden müssen, können auch die Renten künftig nicht mehr in dem Maße ansteigen wie in der Vergangenheit. Und wenn dank höherer Lebenserwartung die Senioren immer länger leben, wird man auch das Renteneintrittsalter anheben müssen.

Das klingt im ersten Moment alles ganz furchtbar, ist aber vor dem Hintergrund eines weiteren realen Wirtschaftswachstums nicht so dramatisch. Höhere Renten- und Krankenversicherungsbeiträge bedeuten dann für die aktive Generation lediglich einen langsameren Anstieg ihrer realen Nettoeinkommen und für die Rentner lediglich einen geringeren Zuwachs ihrer Altersbezüge. Der künftigen Rentnergeneration wird es dabei keineswegs schlechter gehen als der heutigen. Im Gegenteil: Nach Berechnungen des Münchner Zentrums für die Ökonomie alternder Gesellschaften wird die Kaufkraft der nächsten Rentnergeneration um ca. 25-30 Prozent höher sein. Anderslautende Nachrichten sind interessengeleitete Panikmache. Die Kredit- und Versicherungswirtschaft möchte, dass die Menschen aus Angst, ihre künftige Rente könnte zum Leben nicht ausreichen, vermehrt privat vorsorgen und Spar- und Lebensversicherungsverträge abschließen.

*Redaktion:* Was wären für Sie die Eckpunkte einer sozialdemokratischen Position zur Digitalisierung?

*Adam:* Nach heutigem Kenntnisstand wird die Digitalisierung zwar viele Arbeitsplätze vernichten, aber auch genau so viele wenn nicht sogar mehr neue Arbeitsplätze schaffen. Nicht alle neuen Arbeitsplätze werden am gleichen Ort und auch so gut bezahlt sein wie die alten. Deshalb muss die SPD den Menschen klar machen, dass sie ihr Erwerbsleben weder in ein und demselben Betrieb, noch an ein und demselben Ort werden verbringen können. Und sie muss die Menschen auch darauf vorbereiten, dass kontinuierliche Erwerbsbiographien mit ständig steigenden Realeinkommen nicht für alle garantiert werden können. Der rasante Strukturwandel kann vielmehr manche hart treffen und ohne eigenes Verschulden den Arbeitsplatz kosten. Wenn dann kein neuer, gleichwertiger gefunden wird, bedeutet das sozialen Abstieg und Statusverlust.

Der Sozialstaat kann deshalb weder jedem den einmal erreichten sozialen Status für den Rest des Lebens garantieren, noch den Kindern den gleichen sozialen Status wie den ihrer Eltern versprechen. In einer sich rasant verändernden Welt lassen sich allenfalls die Risiken eines Statusverlusts vermindern, indem alle darauf vorbereitet und dazu angehalten werden, mehrmals im Leben umzulernen, regional mobil und beruflich flexibel zu sein. Lebensbegleitendes Lernen muss für jeden so selbstverständlich sein wie für einen aktiven Sportler das ständige Training. Die Politik müsste einen Rechtsanspruch auf Weiterbildung, finanziert vom Arbeitgeber und/oder dem Jobcenter schaffen, aber auch eine Pflicht zur regelmäßigen Weiterbildung ähnlich der allgemeinen Schulpflicht gesetzlich verankern. Auch die Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte sollten verbessert werden, etwa durch Einführung eines Initiativrechts für berufliche Weiterbildungsmaßnahmen.

*Redaktion:* Sollte die SPD sich der Forderung nach einer Abschaffung der Hartz-Gesetzgebung und dem Übergang zu einem bedingungslosen Grundeinkommen anschließen?

*Adam:* Auf keinen Fall! Der Kern der Hartz-Gesetzgebung besteht in der Kombination aus Fördern und Fordern: Arbeitssuchende sollen vom Job-Center bestmöglich unterstützt werden, damit sie einen neuen Arbeitsplatz finden. Gleichzeitig müssen sich die Arbeitssuchenden aber auch selbst ernsthaft um Arbeit bemühen und bereit sein, die dafür nötigen Qualifikationen zu erwerben und Weiterbildungs- und Umschulungsmaßnahmen zu absolvieren. Folgen sie den Auflagen des Jobcenters nicht, werden Sanktionen verhängt.

Ein emanzipatorisches bedingungsloses Grundeinkommen, das deutlich über der heutigen Mindestsicherung liegen müsste und damit den Zwang zu arbeiten beseitigen würde, wäre nicht finanzierbar. Deshalb wäre allenfalls ein konservativ-liberales Modell umsetzbar, bei dem das bedingungslose Grundeinkommen lediglich auf dem Niveau des heutigen Hartz IV-Sätze liegt. Für einen Langzeitarbeitslosen ohne Schul- oder Berufsabschluss wäre dadurch nichts gewonnen. Im Gegenteil: Da solche Modelle gleichzeitig die meisten Institutionen des Sozialstaats abschaffen wollen, gäbe es auch kein Jobcenter mehr, das sich um seine Re-Integration in den Arbeitsmarkt bemüht. Er wäre völlig auf sich allein gestellt und mit hoher Wahrscheinlichkeit dauerhaft von der sozialen Teilhabe ausgeschlossen.

*Redaktion:* Warum schafft es die SPD nicht, ihre Arbeit in einem besseren öffentlichen Licht erscheinen zu lassen? Warum wird die sozialdemokratische Politik nicht positiver wahrgenommen? Oder hat die SPD gar kein Vermittlungsproblem?

*Adam:* Das hat zwei Gründe: In der Bevölkerung, aber auch in breiten Kreisen der SPD-Mitglieder, ist ein Verständnis für wirtschaftliche Zusammenhänge nur rudimentär vorhanden. Die Ökonomie ist aber zu komplex, als dass man sie in fünf Minuten verständlich erklären könnte. Die SPD hat zu diesem Problem mangelnder ökonomischer Bildung aber selbst beigetragen. In ihrer politischen Bildungsarbeit hat sie ihre Schwerpunkte zu sehr auf die Theorie des demokratischen Sozialismus gelegt, statt ökonomisches Grundwissen zu vermitteln. Es reicht nicht aus, die Grundwerte Freiheit – Gerechtigkeit – Solidarität durchzubuchstabieren, daraus eine Wunschliste abzuleiten und Maßnahmenkataloge aufzustellen, die die SPD umsetzen sollte. Das erzeugt hohe Erwartungen und führt uns zum zweiten Grund: Die Bürgerinnen und Bürger verkennen, wie eng die Handlungsspielräume sind, die die Politik heute hat. Sie glauben, wenn nur der politische Wille vorhanden ist, „die da oben“ wieder mehr Bodenhaftung gewinnen und die SPD sich wieder auf ihre Grundwerte besinnt, sei alles machbar.

Dem ist aber nicht so. Zwar gilt grundsätzlich: Was von Menschen gemacht ist, kann auch von Menschen verändert werden. In jeder konkreten historischen Situation gab und gibt es aber Restriktionen, die der Realisierung des großen SPD-Fernziels „Demokratischer Sozialismus“ entgegen stehen. Heute sind das in der Steuerpolitik der internationale Steuerwettbewerb sowie die Veto-Position des Bundesrates, die bei

gegenläufigen politischen Mehrheiten in der zweiten Kammer die Durchsetzung eines progressiven Steuersystems zum Scheitern verurteilt. Auf dem Gebiet der sozialen Sicherheit macht die demographisch bedingte Belastung der Sozialsysteme langfristig höhere Beiträge und Staatszuschüsse, ein höheres Renteneintrittsalter und ein niedrigeres Rentenniveau unvermeidlich, selbst wenn eine zukünftig höhere Ausschöpfung des Erwerbspersonenpotentials die Finanzlage der Rentenversicherung etwas entspannen könnte. Durch den rasanten Wandel der Technologie in Gestalt der Digitalisierung wird es außerdem in Zukunft nicht mehr in jedem Einzelfall möglich sein, Statusverluste zu vermeiden. Wenn aber soziale Gerechtigkeit, verstanden als Umverteilung durch ein progressives Steuersystem, und soziale Sicherheit, verstanden als Erhalt des einmal erreichten sozialen Status, unter den gegenwärtigen Bedingungen durch die SPD derzeit nicht gewährleistet werden kann, ist die Enttäuschung ihrer Klientel verständlicherweise groß.

Dagegen hilft nur, die hochgesteckten Erwartungen zurückzuschrauben und sich die Grenzen real umsetzbarer Politik einzugestehen, auch wenn das für viele schmerzhaft sein mag. Dann wird man vielleicht auch die kleinen sozialen Verbesserungen, die die SPD in jeder Regierungskonstellation durchgesetzt hat, nicht nur wieder besser wahrnehmen, sondern auch mehr schätzen. Denn ohne die SPD gäbe es nicht einmal diese kleinen Fortschritte wie z. B. den Mindestlohn, die abschlagsfreie Rente mit 63 für besonders langjährig Versicherte oder die Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente.



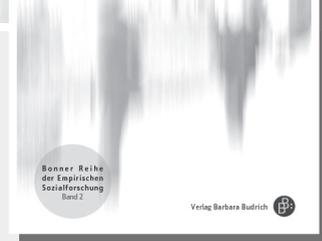
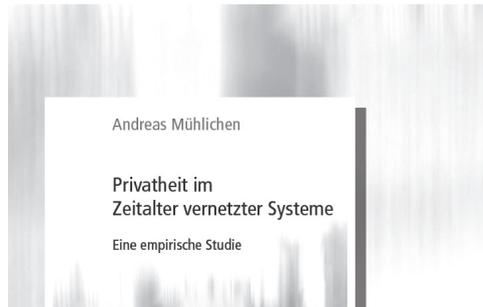
Kathrin Ganz

## Die Netzbewegung

**Subjektpositionen im politischen Diskurs der digitalen Gesellschaft**

Die Netzbewegung setzt sich für Informationsfreiheit, Datenschutz und Netzneutralität ein, gegen Zensur und Überwachung, kurz: für ein freies Internet. Mit ihrer intersektionalen und hegemonietheoretischen Analyse zeigt die Autorin, wie die Forderungen der Netzbewegung und auch die Akteur\_innen selbst gesellschaftlich verortet sind und geht der Frage nach, wie sich soziale Ungleichheit in den politischen Diskurs der digitalen Gesellschaft einschreibt.

2018 • 310 S. • Kart. • 38,00 € (D) • 39,10 € (A)  
ISBN 978-3-8474-2139-9 • eISBN 978-3-8474-1129-1



Andreas Mühlichen

## Privatheit im Zeitalter vernetzter Systeme

**Eine empirische Studie**

Dieses Buch widmet sich theoretisch und empirisch dem Thema Privatheit. Es untersucht, was Privatheit eigentlich ist, inwiefern sich unser Verständnis davon durch die Digitalisierung verändert hat, warum wir sie gewahrt wissen wollen und sollten, warum wir jedoch gleichzeitig bereit sind, sie unter bestimmten Umständen aufzugeben und was die Konsequenzen davon sind.

2018 • 281 S. • Kart. • 36,00 € (D) • 37,10 € (A)  
Bonner Reihe der Empirischen Sozialforschung, 2  
ISBN 978-3-8474-2145-0 • eISBN 978-3-8474-1152-9

[www.shop.budrich.de](http://www.shop.budrich.de)